

Pressemitteilung
Kiel, 26.08.2021

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: landtag@ssw.de

SSW-Spitzenkandidat will mehr bezahlbaren Wohnraum für Schleswig-Holstein in Berlin auf die Tagesordnung setzen

Die Wohnungsnot betrifft längst nicht mehr nur größere Städte, sondern ist auch im ländlichen Raum ein massives Problem. Dies stellte der Spitzenkandidat des SSW zur Bundestagswahl, Stefan Seidler, am Mittwoch Abend in Gesprächen mit dem Selbsthilfebauverein Flensburg fest.

Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des SBV Flensburg, Jürgen Möller und Michael Ebsen, Vorstandsmitglied des SBV Flensburg, besprach Spitzenkandidat Seidler die Probleme des Wohnungsmarktes in Flensburg und Schleswig-Holstein. Dabei wurde deutlich, dass die Nachfrage nach kleinen Wohnungen und Touristenunterkünften und die stetig steigenden Baupreise zu einem massiven Anstieg der Wohn- und Mietkosten führen, der es für Bürgerinnen und Bürgerinnen immer schwerer macht, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Dazu sagte Stefan Seidler:

„Die Wohnungsnot begrenzt sich nicht nur auf größere Städte wie Flensburg, sondern betrifft auch immer mehr den ländlichen Raum. Dies ist sehr deutlich geworden auf meiner Sommertour durch Schleswig-Holstein, wo mir



zum Beispiel Arbeitgeber, die an der Schlei zu Hause sind, davon berichtet haben, wie schwer bis unmöglich es mittlerweile ist, bezahlbaren Wohnraum für ihre MitarbeiterInnen zu finden. Wir haben es mit einer nahezu flächendeckenden Wohnungsnot zu tun, die dazu führt, dass die Preise für Einfamilienhäuser und die Mieten für Wohnungen auch in Schleswig-Holstein immer weiter ansteigen. Dagegen muss der Gesetzgeber in Berlin dringend vorgehen.“

Das Konzept des SSW für bezahlbaren Wohnraum sieht u. a. vor, dass

- der Bund mehr Investitionen für öffentlichen Wohnraum zur Verfügung stellen muss.
- der Bund die Förderung von Genossenschaftsmodellen zum Beispiel durch Steuerbegünstigungen erleichtert.
- der Bund die Gründung von kommunalen Wohnungsgesellschaften fördert.
- der Bund eine Spekulations-Strafgebühr bei Leerstand von Gewerbeimmobilien über einen längeren Zeitraum einführt
- eine Wohngeldreform kommen muss, die es Menschen mit geringem Einkommen ermöglicht, einen zeitgemäßen Wohnstandard zu erhalten

„Wir setzen uns für eine Entwicklung von Wohnraum nach skandinavischem Vorbild ein“, so Seidler. Dies bedeute, neue Förderprogramme des Bundes zu schaffen, die Kommunen Anreize geben, Wohnungsrenovierungen und -Neubauten ganzheitlich, energieeffizient und generationsgerecht zu planen.“

[Bild zum Download](#)

Von links: Michael Ebsen, Vorstandsmitglied SBV, Stefan Siedler, Bundestagswahl-Spitzenkandidat des SSW und Jürgen Möller, Vorsitzender des SBV

